

## Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

### Betreff

**Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 "Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 - Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen" AN/1604/2014  
Hier: GA 8 Aufbau/Erhalt von Gesundheitszentren für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**

### Beschlussorgan

Ausschuss Soziales und Senioren

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	28.05.2015
Finanzausschuss	15.06.2015

### Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren lehnt die Verweisung der Maßnahme „Einrichtung von Gesundheitsstützpunkten in allen 9 Stadtbezirken als wohnortnahes/ niedrigschwelliges Beratungs-/ Serviceangebot“ in die Haushaltsplanberatungen 2015 ab.

### Alternative:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Gesundheitsausschuss, lfd. Nr. GA 8 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015.

**Haushaltsmäßige Auswirkungen****A) für Beschluss: keine****B) für Alternative:** **Nein** **Ja, investiv**

Investitionsauszahlungen \_\_\_\_\_ €

Zuwendungen/Zuschüsse  Nein  Ja \_\_\_\_\_ % **Ja, ergebniswirksam**Aufwendungen für die Maßnahme 200.000 €Zuwendungen/Zuschüsse  Nein  Ja \_\_\_\_\_ %**Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr: 2016**

a) Personalaufwendungen \_\_\_\_\_ €

b) Sachaufwendungen etc. 200.000 €

c) bilanzielle Abschreibungen \_\_\_\_\_ €

**Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam):****ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge \_\_\_\_\_ €

b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten \_\_\_\_\_ €

**Einsparungen:****ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen \_\_\_\_\_ €

b) Sachaufwendungen etc. \_\_\_\_\_ €

Beginn, Dauer \_\_\_\_\_

**Begründung:**

Die Einrichtung von Gesundheitsstützpunkten in allen Stadtbezirken als wohnortnahes/niedrigschwelliges Beratungs-/ Serviceangebot für die Menschen des Stadtbezirkes hat in der aktuellen Situation nicht die oberste Priorität.

Derzeit ist zunächst die Akutversorgung der Flüchtlinge maßgeblich. Daher ist als erster Schritt die Koordination der medizinischen Versorgung für die Menschen in den Flüchtlingsunterkünften sicherzustellen. Hierzu wurde bereits verwaltungsintern die Einrichtung einer entsprechenden Stelle Facharzt/Fachärztin beantragt.

In einem nächsten Schritt sollte dann die Einrichtung von Gesundheitsstützpunkten in allen Stadtbezirken als wohnortnahes/niedrigschwelliges Beratungs-/ Serviceangebot für die Menschen des Stadtbezirkes erfolgen.

Zur Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ergibt sich aus den anstehenden Haushaltsplanberatungen.

Der Gesundheitsausschuss und der Integrationsrat haben im Rahmen der Beratungen über das Interkulturelle Maßnahmenprogramm die Verwaltung beauftragt, für Maßnahmen aus dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm Einzelbeschlussvorlagen für die Haushaltsplanberatungen zu fertigen.